

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verleger: Hermann Borchers
Hofstr. 10, Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,30 Mk. Postzusatz 0,20 Mk. für Monats-, 3,00 Mk. für Quartals-, 10,00 Mk. für Halbjahrs- und 18,00 Mk. für Jahresbezug. Einmalige Anzeigenpreise: 1. Linie 100 Mk., 2. Linie 75 Mk., 3. Linie 50 Mk., 4. Linie 25 Mk., 5. Linie 15 Mk., 6. Linie 10 Mk., 7. Linie 7,50 Mk., 8. Linie 5 Mk., 9. Linie 3,50 Mk., 10. Linie 2,50 Mk., 11. Linie 1,75 Mk., 12. Linie 1,25 Mk., 13. Linie 0,75 Mk., 14. Linie 0,50 Mk., 15. Linie 0,25 Mk.

Schreibleitung und Hauptredaktion:
Herrn Dr. H. Borchers
Hofstr. 10, Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des „Dresdner Nachrichten“ Verlags. Irrtümer in Druck und Inhalt werden nicht übernommen.

Aufrollung des Ostproblems in Genf?

Chamberlain um die deutsch-englische Annäherung bemüht zur weiteren Isolierung Rußlands. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Nordamerika? — Die Technische Nothilfe im Hauptauschuß.

Berlin will die russische Freundschaft wahren.

Paris, 4. März. Wie der Vertreter der T. U. erklärt, wird Chamberlain am Abend des 5. März in Paris einreisen und ohne Unterbrechung gemeinsam mit dem französischen Außenminister Briand nach Genf weiterreisen. Der polnische Außenminister Jaseki wird diesmal nicht in Paris erwartet, da er sich von Warschau über Katowitz direkt nach Genf begibt. Es dürfte dies das erste Mal sein, daß ein polnischer Außenminister vor einer für Polen so wichtigen Ratstagung nicht den Weg über Paris nimmt.

In unterrichteten französischen Kreisen und auch in diplomatischen englischen Kreisen hebt man hervor, daß die Anwesenheit Chamberlains und Briands bei dieser Genfer Ratstagung, deren Tagesordnung keinen wesentlichen Gegenstand außer der Danziger und der Saarfrage aufweist, auf den Wunsch zurückzuführen sei, die bisher geübte Methode, alle Vierteljahre eine Zusammenkunft zwischen den leitenden Staatsmännern Europas herbeizuführen, in Zukunft fortzusetzen. Auch ist in der Anwesenheit der beiden Außenminister die Absicht unverkennbar, die Bedeutung der Rolle Deutschlands im Völkerbunde, das diesmal den Vorsitz in der Ratstagung führen wird, zu unterstreichen.

So sehr diese beiden Gesichtspunkte mitgesprochen haben mögen, dürfen sie aber nicht als die entscheidenden angesehen werden. Wer die Entwicklung der letzten Wochen verfolgt hat, wird feststellen können, daß als erster der englische Außenminister Chamberlain sich zu der Teilnahme an den Genfer Beratungen entschloß und erst hierauf Briand seinem Beispiel folgte. Diese Feststellung beschäftigt die zur Gewissheit werdende Vermutung, daß diesmal nicht deutsch-französische, sondern deutsch-englische Verhandlungen in Genf im Mittelpunkt der Beratungen stehen werden, die vor allem auf dieuspizung der englisch-russischen Beziehungen zurückzuführen sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Chamberlain die Absicht hat, in Genf die anti-russische Front zu verstärken und auf die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen einen Einfluß auszuüben.

Die lebhafteste Tätigkeit, die das Foreign Office seinerseits in Warschau und Wilna entwickelt, um eine Annäherung Polens an Litauen zu erreichen, und die Bemühungen des Foreign Office andererseits um eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen sind der beste Beweis dafür, wieviel der englischen Regierung an einer völligen Isolierung Sowjetrußlands gelegen ist. In den direkten Unterredungen zwischen Chamberlain und Stresemann wird, so vermutet man, das ganze Ostproblem in vollem Umfang aufgeworfen werden. Man glaubt andererseits, daß Chamberlain alle Mittel anwenden wird, um Rußland und Deutschland einander zu entfremden.

In französischen politischen Kreisen ist man sich offenbar klar, welche Bedeutung diesen deutsch-englischen Besprechungen beizumessen ist, und man sagt sich, daß der englische Außenminister für die Forderung der deutsch-russischen Beziehungen einen Preis zu zahlen bereit sein könnte, der vielleicht in der Unterstützung der deutschen Ansprüche auf die Rheinlanddrängung zu suchen wäre. Eine gewisse Voraussetzung über die bevorstehenden Verhandlungen ist daher im französischen Außenministerium nicht zu verkennen. So wird man den Genfer Verhandlungen der nächsten Woche mit gesteigertem Interesse entgegensehen können.

In Berliner diplomatischen Kreisen mißt man der vorstehenden Meldung große Bedeutung bei. Man hält es durchaus für wahrscheinlich, daß England unter Zustimmung Frankreichs die Absicht hat, auf der kommenden Ratstagung das Problem der Beziehungen Westeuropas zu Sowjetrußland grundsätzlich aufzurollen und sich für seine weitere Politik gegen Sowjetrußland die Unterstützung Deutschlands zu verschaffen. Solche Pläne würde auch die in der letzten Zeit befolgte Politik der englischen und französischen Presse verständlich machen, die ja systematisch die Erörterung des Problems der Rheinlanddrängung auf der Ratstagung als vorübergehend und inopportun hinstellte. Deutschland wird sich aber durch solche Versuche nicht von seiner klar vorgeschickten politischen Linie abbringen lassen, die eine weitere Verständigung mit Frankreich und England erstrebt und zur Erreichung dieses Zieles eine schnelle Vereinigung der noch zu klärenden Fragen, insbesondere des Rheinland- und Saarproblems als wichtigste Vorbedingung ansieht. Deutschlands Politik gegenüber Sowjetrußland hat sich nach Meinung Berliner diplomatischer Kreise im Rahmen der zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Verträge gehalten und wird dies auch weiter tun. Jeder Versuch von englischer oder französischer Seite, ein Entgegenkommen gegenüber deutschen Forderungen in den Westfragen von einer Lockerung der deutschen Politik im Osten abhängig machen zu wollen, wird auf einmütigen Widerstand der gesamten deutschen Öffentlichkeit stoßen.

Beginn des Prozesses Sodenstern-Mahraun.

Beratung bis nach Ostern beschlossen.

Berlin, 4. März. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte begann heute der Verleumdungsprozess des Leiters der „Deutschen Zeitung“ Malors a. D. v. Sodenstern gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Mahraun und den Redakteur des „Jungdeutschen“, Paffenacot. Die Klage Sodensterns gründet sich auf zwei im „Jungdeutschen“ erschienene Artikel, in denen ein Protokoll über eine im vertrauten Kreise gehaltene Rede Sodensterns veröffentlicht wurde, Sodenstern habe behauptet, man müsse einen Putsch inszenieren, indem die Großindustrie einige zehntausend Arbeiter auf die Straße werfen sollte. Dann könne man die nationale Diktatur aufrichten, da die Regierung zur Niederwerfung sich der nationalen Verbände bedienen müßte. Ferner wurde v. Sodenstern vorgeworfen, er habe unter den Runden Mitglieder gewißt und gearbeitet.

Zu Beginn der Verhandlung verles der Vorsitzende einen Vergleich herbeizuführen, wobei die Verteidigung Sodensterns erklärte, daß sie Überklage erheben würde, da ihr Mandant mehrfach beleidigt worden sei. Es wurde dann der infraktierte Artikel des „Jungdeutschen“ verlesen. — Der Vorsitzende fragte Mahraun, ob er seine Angaben aufrechterhalten könne. — Mahraun erklärte, daß der Zeuge Kaechege, der zu der heutigen Verhandlung nicht erschienen ist ihm versichert habe, er könne die Äußerungen von Sodenstern über die Putschabsichten ihm gegenüber aufrechterhalten. Sodenstern habe über die Verwendung des 3. Bataillons Berlin und das Eingreifen des 5. Bataillons Äußerungen getan. Weiter erklärte Mahraun, ihm sei ein Brief Sodensterns bekannt, in dem er diese Dinge zugebe.

Rechtsanwalt Hoch fragte, ob es Mahraun bekannt sei, daß Kaechege in der Voruntersuchung gegen Justizrat Claß nicht mehr zu seiner Aussage stehe. — Mahraun erwiderte, ihm habe Kaechege vor 14 Tagen erklärt, daß er alle Verleumdungen aufrecht erhalte.

Auf die Frage an Sodenstern, ob er diese Äußerungen getan habe, erwiderte er: Ich soll in einer früheren Versammlung Äußerungen getan haben, die ein unsoziales Verhalten gegenüber breiten Arbeiterschichten und ein unverantwortliches Verhalten gegen Deutschland enthalten. Ich habe das Gegenteil gesagt. Ich habe betont, daß es sehr schwer sein würde, die Arbeiter wieder in die Betriebe zu bringen, wenn sie einmal auf der Straße sind. — Mahraun erklärte, daß der Zeuge Kaechege seine Aussage über die Äußerungen Sodensterns in Gegenwart des Kanzlers Vornemann zu Protokoll gegeben habe. Er habe diese Aussage deshalb veröffentlicht, weil Sodenstern ihn in 50 Artikeln beleidigt habe.

Von der Verteidigung wurde beantragt, Abgeordneten Heilmann, Major Salmons, Kapitän Ehrhardt und Hauptmann Waderjahn zu laden, die befunden würden, daß Sodenstern über den Standpunkt vertreten habe, man müsse kommunistische Putsche provozieren. Deshalb bitte er auch, den Bürgermeister Neumann aus Lübeck, General Vohberg, Freiherrn v. Lünig und General v. Röhl zu laden, die Ähnliches befunden würden. Von der Gegenseite wurden diese Anträge als ein schlecht angelegtes Verleumdungsmaßnahme hinstellt. Der Kern des Streites sei die Eiferfucht zwischen den Verbänden, und daraus sei wohl auch die Anklage Mahrauns an den Reichswehrminister, die Mahraun zwar eine Dankschrift nenne, zurückzuführen. — Nachdem der Vorsitzende noch ein Schreiben verlesen hatte, daß der Zeuge Kaechege durch eine geschäftliche Reise am Erscheinen vor Gericht verhindert worden sei, wurde

Der Prozeß bis nach Ostern vertagt.

Dem Kläger wurde aufgegeben, sich bezüglich der strafrechtlichen Verantwortung der beiden Beklagten schlüssig zu werden. Ferner wurde die Widerklage Mahrauns und Paffenacots gegen von Sodenstern zugelassen. Das Gericht beschloß ferner als Zeugen den Hauptmann Salmons, Kapitän Ehrhardt, den Kaufmann Waderjahn und Prof. Niedelmann zu laden.

Die Vermögenslage von Jürgens.

Berlin, 4. März. Am Jürgens-Prozeß soll heute mit der Vernehmung über die angeblichen Verleumdungsbetrügereien begonnen werden. Eine große Anzahl von Zeugen aus Kolberg und Stargard ist geladen. Ihre Vernehmung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der Staatsanwalt teilt mit, daß er zwei weitere Sachverständige, darunter einen Vertreter der politischen Weltung der Berliner Kriminalpolizei, laden werde. Auftrag Berthauer beantragt, über die Frage, ob erfahrungsgemäß Kommunisten Diebstähle, wie die in Kolberg und Stargard, anzutreten ließen, Regierungsabdirektor Weiß und Rechtsanwalt Dr. Neumann zu laden. Ueber diesen Antrag wird später Beschluß gefaßt werden. Die Schwiegermutter von Frau Jürgens, die verwitwete Frau Kugel, hat dem Gericht mitgeteilt, daß sie nicht zur Verhandlung erscheinen wird und von ihrem Vermögensverwalterrecht Gebrauch macht. Auf ihre Vernehmung wird daher verzichtet. Es wird dann zunächst der Sachverständige Selter über die Vermögenslage des Angeklagten Jürgens vom Oktober 1924 an vernommen.

Zuspizung des Konfliktes Amerika-Mexiko.

Der mexikanische Gesandte verläßt Washington.

Washington, 4. März. Die Note der Vereinigten Staaten an Mexiko, über deren Inhalt bislang nichts verlautete, die aber als „unangenehmlich wichtig“ bezeichnet wurde, enthält, wie jetzt bekannt wird, einen Protest gegen die „organisierte Propaganda gegen die Vereinigten Staaten“ durch den mexikanischen Vizekonsul in Washington, Tellez, und den mexikanischen Generalkonsul in New York, Elias, einem Halbbruder des Präsidenten Calles. Vizekonsul Tellez ist gestern Abend von Washington abgereist, um nicht, wie man dort vermutet, nicht wieder nach dort zurückzukehren. Die amerikanische Regierung hat, wie es heißt, in ihrer Note an Mexiko darauf hingewiesen, daß der mexikanische Gesandte in Washington nicht mehr länger angenehm sei. Der Gesandte soll angeblich während des Weltkrieges Erklärungen an die Presse gegeben haben, die der amerikanischen Regierung nicht schmeckten.

Die amerikanische Note ging nach einer engeren Washingtoner Kabinettssitzung nach Mexiko ab. Der mexikanische Gesandte verließ damals Washington, erhielt aber auf der Durchreise durch St. Louis die telegraphische Anweisung seiner Regierung, nach der amerikanischen Hauptstadt zurückzukehren.

Obwohl von Seiten des amerikanischen Staatsdepartements erklärt wird, daß der Notenwechsel mit Mexiko zur Klärung der Atmosphäre beitragen habe, sprechen Washingtoner Meldungen vielfach davon, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten schnell dem Krisenpunkte nähern. Dem entsprechen auch mexikanische Meldungen, wonach dort der baldige Abbruch der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen befürchtet wird. Die letzte amerikanische Note komme demnach einem Ultimatum gleich, worin die sofortige Einstellung der mexikanischen Propaganda in den Vereinigten Staaten gefordert wurde, was der mexikanische Gesandte in Washington auf sich bezogen habe. Die mexikanische Regierung habe in ihrer Antwortnote ihren Gesandten gegenüber den Vorwürfen von amerikanischer Seite verteidigt.

Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Mexiko wird dort die Abberufung des amerikanischen Gesandten in Mexiko, Gifford, für möglich gehalten, obwohl amtliche Kreise sich über die Frage anderswoigen.

Neue englische Truppenlandung in Schanghai.

Schanghai, 3. März. (Reuter.) Die 1000 Marineinfanteristen vom Kriegsschiff „Winneloa“ sind heute hier gelandet worden und marschieren durch die Niederlassung. Amerikanische Marineeinheiten vom Kriegsschiff „Cannon“ werden am Sonnabend einen Umzug veranstalten. (W. T. S.)

England wirbt Freiwillige auf dem Balkan.

Konstantinopel, 4. März. Nach Informationen hiesiger Blätter wirbt England auf dem Balkan, besonders in Bulgarien und Griechenland, Freiwillige für China, die in Saloniki ausgerüstet werden. Der hiesige englische Marineattaché hat eine Reihe von Agenten beauftragt, unter den hier lebenden Flüchtlingen Freiwillige für den China-Dienst anzuwerben. Die türkische Presse protestiert scharf gegen dieses Treiben. (A. U.)

Rußland-Debatte im englischen Oberhaus.

London, 4. März. Im Oberhaus fand gestern die Debatte über die englisch-russischen Beziehungen statt. Lord Nepton verteidigte die extreme Politik eines Abbruchs der Beziehungen, oder mindestens die Aufgabe des Handelsabkommens, während Lord Reading und Lord Grey die Regierungspolitik billigten, die im Interesse des europäischen Friedens liege. Sie legten die Note als eine Warnung aus und stimmten mit der Regierung überein, daß man gegenüber Rußland noch Geduld üben müßte. Der sozialistische Lord Parmour war geneigt, die Sowjetregierung von Schuld freizusprechen, enthielt sich aber im allgemeinen jedes Angriffes gegen die Regierung. Das Oberhaus vertagte sich schließlich, nachdem über die nächsten zu ergreifenden Schritte Einmütigkeit erzielt worden war. (A. U.)

Manlagu Normans Berliner Besuch.

Berlin, 3. März. Wie das B. T. B. an zuständiger Stelle erfährt, entbehren die Pressenachrichten, die den Besuch des Gouverneurs der Bank von England, Manlagu Norman in Berlin mit einer deutschen Delegation im Zusammenhang bringen wollen, jeder Begründung. Der Besuch bezweckt lediglich eine Aussprache über allgemeine Fragen der Währung und der internationalen Finanzlage.